ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Abel, Kurt

Article — Digitized Version

Wiederbelebung protektionistischer Handelspolitik in USA: Antrag US-amerikanischer Unternehmen auf Einführung eines Schreibmaschinenzolls

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abel, Kurt (1960) : Wiederbelebung protektionistischer Handelspolitik in USA: Antrag US-amerikanischer Unternehmen auf Einführung eines Schreibmaschinenzolls, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 4, pp. 213-218

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132951

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Weltwirtschaft Kiel
11. AUG. 1961

gegebenenfalls auch an den Entwicklungskosten neuer Typen und in geeigneten Fällen auch am Risiko der Herstellung einer höheren, nicht durch Aufträge gedeckten Zahl von Flugzeugen beteiligen — und gegebenenfalls auch einen Teil der Kosten für die Erprobung neuer Zivilflugzeuge und deren Übernahme in den regulären zivilen Flugdienst übernehmen.

Trotzdem bestehen auch für Länder mit einer kleinen Luftfahrtindustrie absolut Chancen, an der Weiterentwicklung der Luftfahrttechnik tatkräftig und erfolgreich — auch hinsichtlich des Exports — teilzunehmen. Jedes hochindustrialisierte Land wird eine Luftfahrtindustrie und Luftfahrtforschung sein eigen nennen wollen, nicht zuletzt aus der Erkenntnis, daß sich so viele Entwicklungen, die eine schöpferische Luftfahrtindustrie und Luftfahrtforschung leisten, fruchtbringend auf alle anderen technischen Zweige des Landes auswirken, und zwar nicht nur auf solche technische Branchen, mit denen sie in intensiver Zusammenarbeit stehen.

Gewiß werden sich kleinere Luftfahrtindustrien zweckmäßig auf Entwicklungsarbeiten in bestimmten Bereichen konzentrieren, um konzentriert in Teilbereichen mit Spitzenleistungen aufwarten zu können. Dabei kann sich eine Zusammenarbeit über die Grenzen des Landes hinaus erstrecken. Erfolgversprechende Aufgabengebiete gibt es genügend. Man denke nur an das sich ausbreitende Geschäftsreise-Flugwesen, an die Bestrebungen, den Nah- und Mittelstreckenverkehr intensiv auszubauen, wofür geeignete Baumuster benötigt werden, die viele Fortschritte der Luftfahrttechnik in sich vereinigen sollen, an die Entwicklungsfortschritte auf dem Gebiet des Hubschrauberbaues. Der Hubschrauber ist zu einem vielseitig verwendbaren Transportmittel geworden, er wird z. B. als Lastenträger eingesetzt u. a. beim Bau von Hochspannungsleitungen über Bergketten — so geschehen beim Bau der Alcan-Anlagen in Britisch-Kolumbien in Kanada — neben seinem zunehmenden Einsatz im Personenverkehr.

Auch der Triebwerksbau hat lohnende Entwicklungsaufgaben vor sich, sei es bezüglich ganz neuer Aggregate, sei es betreffs der weiteren Verbesserung der motorischen Arbeitsverfahren, sei es hinsichtlich der Weiterbildung der Zubehörteile. Es ist daran zu erinnern, daß die Entwicklung der Luftfahrttechnik zum Schnellflug hin grundsätzlich beeinflußt wurde von der Triebwerksseite her. Deshalb wird auch in Zukunft diesen Entwicklungen besondere Bedeutung zukommen, die dann ihre Auswirkungen wieder auf die anderen motorischen Einsatzbereiche haben werden. Auch auf dem Gebiet der instrumentellen und funktechnischen Ausrüstung der Flugzeuge sind in Zukunft noch viele Probleme zu lösen, die vor allen Dingen der Sicherheit der Luftfahrzeugführung und der Vervollkommnung der Landeverfahren zu gelten haben. Die Elektrotechnik wird hier ihre besonderen Beiträge leisten können. Die Luftfahrt f o r s c h u n g wird wichtige Aufgaben auf dem Gebiet der Werkstoffentwicklung leisten können, ein Sektor, der zweifellos ebenfalls seine Auswirkungen in anderen technischen Zweigen haben wird.

Über solche Möglichkeiten wird u. a. auch die Deutsche Luftfahrtschau aussagen, auf der sich Baumuster aller Gattungen, auch aus dem Triebwerks-, Instrumenten- und sonstigen Ausrüstungssektor befinden werden. Zu bemerken aber ist, daß sich auf der Deutschen Industrie-Messe viele der Erzeugnisgattungen befinden, die ihren Ursprung aus den Arbeiten der Luftfahrttechnik ableiten und von denen eine Anzahl im Rahmen dieser Betrachtungen genannt worden ist. Auch die Messe Hannover bringt damit sehr deutlich den Nachweis für die Bedeutung und die Notwendigkeit des Arbeitens einer eigenen Luftfahrtindustrie und Luftfahrtforschung. Diese Arbeiten werden sich auch in Zukunft als ein Beitrag zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Weltgeltung unserer Gesamtindustrie auswirken, indem sie in ziemlicher Breitenwirkung die Entwicklungen und den Standard anderer Industriezweige zu befruchten vermögen.

Wiederbelebung protektionistischer Handelspolitik in USA

Antrag us-amerikanischer Unternehmen auf Einführung eines Schreibmaschinenzolls

Kurt Abel, Frankfurt a. M.

In letzter Zeit mehren sich in den USA die Anzeichen für ein Aufleben des Protektionismus. Die Handelspolitik der Regierung steuert zwar nach wie vor einen liberalen Kurs, die schutzzöllnerischen Bestrebungen in Kreisen der amerikanischen Wirtschaft lassen sich jedoch nicht übersehen.

Fragt man sich, wie es zu einer solchen Entwicklung hat kommen können, so lassen sich dafür verschiedene Gründe anführen. Zunächst einmal sind die besonderen Probleme der us-amerikanischen Zahlungsbilanz zu nennen. Ihr Defizit belief sich im Jahre 1958 auf 3,4 Mrd. $. Im gleichen Kalenderjahr erfolgte eine Abwanderung von Gold in Höhe von 2,3 Mrd. $. Die Goldverkäufe schrumpften zwar 1959 auf rd. 1 Mrd. $, das Zahlungsbilanzdefizit wuchs jedoch auf 4 Mrd. $ an. Wenn auch die USA noch immer über die größten Goldreserven der Welt verfügen, so sind doch die Stimmen, die wirkungsvolle Gegenmaßnahmen fordern, seit einiger Zeit nicht mehr verstummt.

DIE FRONT DER PROTEKTIONISTEN

Das Spezifische der gegenwärtigen protektionistischen Tendenzen in den USA liegt allerdings darin, daß Unternehmertum und Gewerkschaften sich — wenn

auch aus ganz verschiedenen Gründen — zusammengeschlossen haben, um ihre gemeinsamen Ziele zum vermeintlichen Schutz des heimischen Marktes durchzusetzen. Das Unternehmertum erblickt in der angeblich stark zu Buch schlagenden Lohndifferenz zum Ausland eine ernsthafte Gefahr für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem heimischen Markt. Man verweist in dem Zusammenhang insbesondere auf den starken Zuwachs der Importe. Die Gewerkschaften andererseits beobachten mit unverhohlener Besorgnis die zunehmende Automatisierung und befürchten offenbar im Ernst einen Verlust von Arbeitsplätzen.

Die z. T. gemeinsamen Bemühungen protektionistischer Kreise der Industrie und der Gewerkschaften haben inzwischen verschiedene Vorschläge reifen lassen, wie man der Konkurrenz des Auslands zweckmäßigerweise entgegentreten könne: Hier ist zunächst eine Gesetzesvorlage über die Einführung gleitender Einfuhrzölle zu nennen, die von Senator Kenneth A. Keating eingebracht wurde und dementsprechend den Namen Keating Bill trägt. Sie beinhaltet eine völlig neue Methode der Zollfestsetzung und soll die bestehenden Differenzen zum jeweiligen ausländischen Lohnniveau ausgleichen. Wenn auch von den Gewerkschaften behauptet wird, daß sich das Gesetz insbesondere gegen die Niedrigpreisländer richten soll, so ist es in seiner Gestaltung und Zielsetzung andererseits doch so geartet, daß es auch die Staaten mit nur wenig unterschiedlichem Lohnniveau trifft. Daran ändert auch die Absicht des Urhebers nichts, vor der Erhebung von Zusatzzöllen zusätzliche Forschungs- und Entwicklungskosten, Werbungskosten sowie besondere Beiträge für die Sozialfürsorge des Auslandes in Betracht zu ziehen.

In besonders aggressiver Form kommen die protektionistischen Tendenzen in den Arbeiten des sog. Strackbein-Ausschusses zum Ausdruck, so genannt nach seinem Präsidenten O. A. Strackbein. Von diesem Ausschuß (sein offizieller Name lautet: Nationwide Committee on Import-Export Policy) wurde in seiner letzten Sitzung eine Entschließung gefaßt, auf Grund derer die Regierung angewiesen werden soll, bei den im Herbst des Jahres beginnenden GATT-Zollverhandlungen von allen Zollkonzessionen abzusehen. Das bedeutet praktisch eine Torpedierung der sog. Dillon-Runde, von der die europäische Wirtschaft sich nicht nur eine Senkung des Außentarifes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erhofft, die im ureigenen Interesse der US-Wirtschaft liegen müßte, sondern auch eine Klärung des Verhältnisses der European Free Trade Association zur EWG und — nicht zuletzt — zu den USA und Kanada. Gleichzeitig fordert der Ausschuß eine Verschärfung des Buy American Act, um bei öffentlichen Ausschreibungen von Behörden den Angeboten heimischer Unternehmen den Vorzug geben zu können.

Einen weiteren Vorstoß in dieser schutzzöllnerischen Entwicklung stellen die Bemühungen amerikanischer Industriekreise um eine Anhebung der Einfuhrzölle dar. Bereits in früherer Zeit sind solche Tendenzen immer wieder zum Ausdruck gekommen. Man denke z. B. an die Bestrebungen in den letzten Jahren, die Zollsätze für Textilmaschinen und Werkzeugmaschinen heraufzusetzen. Neuerdings bemühen sich einflußreiche Kreise der US-Büromaschinenindustrie im Rahmen des Escape-Clause-Verfahrens um eine Anhebung der Zollsätze für Schreibmaschinen.

ANTRAG AUF SCHREIBMASCHINENZOLL

In einer Eingabe an die United States Tariff Commission beantragen die amerikanischen Schreibmaschinen-Produzenten Smith-Corona-Marchant Inc. und Royal McBee Corp. die Einführung eines Wertzolles von 30 % auf Schreibmaschinen (mindestens 10 $ je Einheit) sowie auf vormontierte Gruppenteile, sofern diese für die Montage bestimmt sind. Die Antragsteller berufen sich auf Abschnitt 7 des Trade Agreements Extension Act von 1951 mit der Begründung, daß der stetig steigende Schreibmaschinenimport aus Europa eine akute Gefahr für die Existenz der us-amerikanischen Schreibmaschinenindustrie darstelle.

Die Gefährdung der us-amerikanischen Schreibmaschinenindustrie sehen die Antragsteller darin, daß

- die im Verhältnis zum Inlandsverbrauch überproportional gestiegenen Importe im 1. Halbjahr 1959 30 % — bei Kleinschreibmaschinen (portables) sogar 43 % — an der us-amerikanischen Marktversorgung erreicht hätten,
- die us-amerikanische Produktion, der Export und die Beschäftigung dadurch erheblich beeinträchtigt würden und rückläufig seien und
- infolgedessen die us-amerikanischen Unternehmen mit Verlust arbeiteten und eines dieser Unternehmen bereits ausländische finanzielle Hilfe in Anspruch habe nehmen müssen.

Die Ursache für diese Entwicklung ist nach Auffassung der beiden Firmen in folgenden Tatbeständen zu sehen:

- mangelnder Patentschutz für us-amerikanische Fabrikate;
- niedrigeres europäisches Lohnniveau und daher
- niedrigere Verkaufspreise für europäische Schreibmaschinen sowie günstigere Konditionen gegenüber dem Handel.

DIE ROLLE DER EINFUHREN

Zu der Argumentation der Antragsteller ist zu sagen, daß ihre Beweisführung den objektiven Tatsachen nicht immer gerecht wird. Die us-amerikanische Schreibmaschinenproduktion befindet sich nach wie vor auf hohem Stand. Die sechs Schreibmaschinenunternehmen in den USA bestritten ohne Berücksichtigung ihrer außeramerikanischen Fertigung in den Jahren 1955 bis 1957 44 %, 1958 — beeinträchtigt durch die Recession — 35 % der Weltproduktion. Damit verfügt die us-amerikanische Schreibmaschinenindustrie über das mit Abstand größte Produktionsvolumen auf dem Weltmarkt. Darüber hinaus hat sich im Laufe der letzten 15 Jahre die Produktionsverlagerung ins Ausland derart verstärkt, daß heute von amerikanischen Tochtergesellschaften außerhalb der USA etwa weitere 600 000 Einheiten pro Jahr hergestellt werden. Rechnet man diesen Ausstoß zu der heimischen Produktion von 1958 hinzu, so ergibt sich für die Unternehmen der USA sogar ein Anteil an der Weltproduktion von 50 %.

Von den angeblich stark angewachsenen Einfuhren entfällt ein bedeutender Anteil auf den Import quasi-us-amerikanischer Schreibmaschinen. Die Schreibmaschinenimporte der USA erhöhten sich von 1954 bis 1958 von ca. 100 000 Stück auf rd. 400 000 Stück pro Jahr. Diese Gesamtmenge wird von den Antragstellern zugrunde gelegt, wenn sie von 30 bzw. 43 % Marktanteil sprechen. In diesen Zahlen sind aber jene Lieferungen enthalten, die von amerikanischen Tochtergesellschaften in Europa und Kanada stammen. Dieser „Reexport" betrug z. B. im Jahre 1957 140 000 und 1958 125 000 Stück. So ergibt sich für den Anteil importierter nicht-amerikanischer Schreibmaschinen an der us-amerikanischen Inlandsmarktversorgung ein völlig anderes Bild. Statt der behaupteten 30 % ergeben sich nur 19 %. Bei Kleinschreibmaschinen verändert sich der Anteil noch markanter von 43 auf 25 %.

Mit der Steigerung der Importe in den letzten Jahren ging gleichzeitig ein steigender Absatz der heimischen us-amerikanischen Produktion einher. Die Antragsteller weisen jedoch darauf hin, daß infolge des Importdrucks der Inlandsabsatz aus der heimischen us-amerikanischen Produktion rückläufig sei.

MARKTANALYSE

Eine Analyse des von den Antragstellern selbst vorgelegten Zahlenmaterials läßt dagegen einwandfrei ein erhöhtes Absatzvolumen erkennen; dabei lag auch innerhalb des Zeitraums 1954 bis 1957 eine steigende Tendenz vor. Der jährliche Inlandsabsatz aus der USA-Produktion betrug im Durchschnitt der Jahre 1948 bis 1953 insgesamt 1,1 Mill. Schreibmaschinen, im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1958 1,25 Mill Stück. Die ca. 600 000 Schreibmaschinen, die pro Jahr von amerikanischen Firmen im Ausland hergestellt werden, entsprechen (für 1958) 50 % der us-amerikanischen Inlandsproduktion oder rund 16 % der gesamten Weltproduktion.

Ein „Importdruck" war niemals Ursache für die starken us-amerikanischen Auslandsinvestitionen in der Schreibmaschinenindustrie. Dafür waren vielmehr folgende Gründe ausschlaggebend:

1. Die traditionelle Bindung an den europäischen Markt.
2. Die nach dem zweiten Weltkrieg in Großbritannien entstandene Dollarlücke und die Möglichkeit, von dort aus das Commonwealth zu Präferenzzöllen bedienen zu können.
3. Selbstverständlich auch das in den USA gestiegene Kostenniveau. Das aber ist eine für die gesamte amerikanische *Wirtschaft symptomatische Erscheinung* und hat mit dem Angebot europäischer Erzeugnisse in den USA selbst nur in zweiter Linie etwas zu tun. Insbesondere gilt das für „Schreibmaschinen", denn die us-amerikanischen Importe setzten hier erst verstärkt in den letzten Jahren ein, nachdem der Verlagerungsprozeß größtenteils schon vollzogen war.
4. Der Investitionsanreiz durch die EWG, die Gewinnchancen im großen Markt bei kapitalintensiver Serienproduktion eröffnet.

Die Antragsteller führen u. a. Klage darüber, daß die vor zehn Jahren bei etwa 300 000 Stück jährlich gelegenen amerikanischen Schreibmaschinenexporte auf

ROM

Wir planen und bauen
wirtschaftliche Wärmeversorgungsanlagen
und fortschrittliche Klimaanlagen
für höchste Ansprüche

RUD. OTTO MEYER

Hamburg, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Essen, Frankfurt/Main, Freiburg/Breisgau, Hannover, Kassel, Kiel, Lübeck, Münster/Westfalen, Stuttgart

FORTSCHRITTLICH SEIT HUNDERT JAHREN

Heizungsanlagen
für Wohn- und Geschäftshäuser

Strahlungsheizung

Domothermheizung

Ölfeuerung

Wärmeversorgungsanlagen
für die Industrie

Städteheizungen
einschließlich aller Rohrleitungen

Wärmewirtschaftliche Planungen
und Untersuchungen

Lüftungs- und Klimaanlagen
für die Industrie

Komfortklimaanlagen
für Theater, Krankenhäuser,
gastronomische Betriebe usw.

Hochdruck-Klimaanlagen

Beratung von Bauherren und
Architekten in allen Fragen der
Raumwärme und Klimatechnik

Die ideale Krankenversicherung für Auslandsreisen und -aufenthalte

beginnt mit der Abreise und deckt das Krankheitskostenrisiko während der gesamten Dauer des Auslandsaufenthaltes. Für **1,80 DM je Woche** zahlen wir **1500,— DM** Krankheitskosten in Europa. Diese Summe kann beliebig vervielfacht werden. (Zuschlag für außereuropäische Länder).
Keine Formalitäten: Sie verlangen die **Police per Nachnahme,** unter Angabe von Namen, Geb.-Daten, Anschrift, Auslandsziel, Beginn und Dauer der Reise (bis zu 3 Monaten) sowie der gewünschten Versicherungssumme. Für längere Auslandsaufenthalte (bis zu 3 Jahren) verlangen Sie bitte Spezialtarif WL. Beide Versicherungen können einzeln und als Gruppenversicherung abgeschlossen werden.

Volkswohl

Krankenversicherung V. a. G.

Hauptverwaltung Dortmund · Ruhrallee 92 · Tel.: 2 78 51

50 000 abgesunken seien. Daß aber bei dem vorangetriebenen Verlagerungsprozeß eine derartige Folge nicht ausbleiben konnte und die früheren us-amerikanischen Exporte vom Absatz durch die Tochtergesellschaften im Ausland längst übertroffen wurden, wird nicht erwähnt. An die Stelle des direkten Exportes ist weitgehend ein „indirekter Export" getreten.

Betrachtet man die Absatzziffern der ausländischen us-amerikanischen Tochtergesellschaften (außer dem „Reexport" nach den USA) als „indirekten Export", so ergibt sich, daß im Jahre 1958 500 000 amerikanische Schreibmaschinen auf dem Weltmarkt (außer den USA) abgesetzt wurden gegenüber dem Spitzenexportjahr 1951 mit 350 000 Stück einschließlich des damaligen „indirekten Exportes". Im Vergleich mit dem Exportvolumen vor etwa zehn Jahren bedeutet das also eine erhebliche Steigerung.

Einen wesentlichen Grund für die Exportschrumpfung sehen die us-amerikanischen Firmen ferner in dem von den meisten europäischen Ländern erhobenen Zoll, der für Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und Großbritannien mit 20 % angegeben wird. Diese Angabe ist insofern richtigzustellen, als die Bundesrepublik nach kontinuierlichem Zollabbau seit 1957 für Standard- und Kleinschreibmaschinen lediglich noch 6 %, für Flachschreibmaschinen noch 9 % erhebt. Der schweizerische Satz für Schreibmaschinen beträgt, umgerechnet auf Wertbasis, nicht — wie angegeben — 30 %, sondern im Durchschnitt 16 % vom Wert. Eine Motivierung der Forderung nach Einführung eines 30 %igen Schutzzolles für Schreibmaschinen läßt sich also auch nicht unter Hinweis auf die in Europa geltenden Zollsätze geben.

Zu den von den beiden us-amerikanischen Firmen genannten Ursachen für die stark angewachsenen Schreibmaschinenimporte in die USA lassen sich folgende Argumente anführen.

BEURTEILUNG DER ARGUMENTE

Die umfangreiche europäische Produktion und die erhöhten Importe in die USA sind nicht auf mangelnden Patentschutz zurückzuführen. In Europa, insbesondere in Deutschland, wurden bereits Schreibmaschinen gebaut, als die US-Fabrikanten noch über einen eigenen umfangreichen Patentschutz verfügten. Inzwischen sind die Schutzrechte nicht nur in den USA, sondern auch in Europa erloschen. Wenn es den us-amerikanischen Schreibmaschinenfirmen nicht gelungen ist, sich im Wettbewerb mit den ausländischen Herstellern so zu behaupten, wie man es selbst wünschte, so dürfte das zu einem erheblichen Teil an der weitgehenden Erstarrung des amerikanischen Schreibmaschinenangebots gelegen haben. Man produzierte die traditionellen Erzeugnisse und ging davon aus, daß sich der oligopolistische Markt im Gleichgewicht halten werde (etwa 50 % der us-amerikanischen Schreibmaschinenproduktion entfallen auf die beiden Firmen Royal McBee und Smith Corona, in den Rest teilen sich weitere vier Unternehmen). Es fehlte dem amerikanischen Schreibmaschinenmarkt offensichtlich das dynamische Element, das sich durch technischen Fortschritt in und an den Erzeugnissen, d. h. durch Produktverbesserungen, auszeichnet. Damit sind in diesem Falle, in dem es sich um eine relativ konsumnahe Maschine handelt, nicht nur „Qualitätsverbesserungen" (Verbesserungen der Funktion, der Arbeitsweise der Maschine) gemeint, sondern insbesondere auch die Verbesserungen hinsichtlich einer modernen marktgerechten Formgebung. Das offensichtliche Manko lag also nicht in dem mangelnden Patentschutz, der für zusätzliche technische Neuerungen auch in den USA in vollem Umfang zur Verfügung steht, sondern in dem Versäumnis der Hersteller, sich den „technischen Fortschritt" in vollem Umfang zunutze zu machen. So weigerte sich die alte ehrwürdige Underwood Corp. z. B. beharrlich, ihr veraltetes Werk in Hartfort zu modernisieren. Sie lehnte es ab, neue und bessere Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, und beschränkte sich auf eine starke Verkaufsförderung und den Ausbau der Absatzorganisation. Damit „schwamm" das Unternehmen auf allen seinen Marktgebieten „gegen den Strom" und büßte nicht nur seine Rentabilität (übrigens längst vor dem starken Anstieg der Importe in den Jahren 1954/1955), sondern gleichzeitig auch seinen Marktanteil in erheblichem Umfang ein. Erst durch die verstärkten Importe wurden die amerikanischen Hersteller genötigt, sich den veränderten Marktbedingungen anzupassen und ihre Erzeugnisse qualitativ zu verbessern und zu modernisieren.

Auch das Argument der niedrigeren Lohnkosten in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, hält

einer genauen Überprüfung nicht stand. Der Antrag geht von einem durchschnittlichen Stundenlohn in den USA aus, der als dreimal so hoch wie in der Bundesrepublik bezeichnet wird. Dabei handelt es sich um einen rein statistischen Vergleich, der die Entwicklung der letzten Jahre außer acht läßt und den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird.

Der Lohnindex (1950 = 100) der USA lag 1959 bei 140, derjenige der Bundesrepublik jedoch bei 180. Auch das Lohnniveau Italiens, Norwegens, Frankreichs und Schwedens hat sich in dieser Zeit zwischen 60 und nahezu 100 % erhöht.

Diese Lohnerhöhung konnte in der Schreibmaschinenfertigung bisher nur deshalb aufgefangen werden, weil der zweite Weltkrieg in Europa einen erheblichen Nachholbedarf geschaffen hatte und dadurch die Produktion von Jahr zu Jahr zügig stieg. Größerer Mengenabsatz und Rationalisierungen verhinderten somit bisher Preissteigerungen, die aber künftig möglicherweise nicht mehr zu vermeiden sind, wenn die Anhebung der Lohn- und Gehaltseinkommen — wie es sich für 1960 bereits andeutet — im gleichen Ausmaß fortschreitet. Im übrigen ist festzustellen, daß die Sozialleistungen der Arbeitgeber — die einen erheblichen Teil der Personalkosten ausmachen — in der Bundesrepublik doppelt so hoch liegen wie in den USA. In anderen europäischen Ländern, z. B. in Frankreich, ist dieses Verhältnis ähnlich.

Die Lohnhöhe ist außerdem nicht allein entscheidend. In den USA gibt es nur 6 Schreibmaschinenhersteller, die eine Gesamtproduktion von 1,2 Mill. (1958) verzeichneten. Die Antragsteller nennen demgegenüber 44 Produzenten in der übrigen westlichen Welt bei einer Gesamtproduktion (1958) von 2,4 Mill. Stück.

DIE PREISGESTALTUNG

Die bei weitem größere Serie in der US-Produktion gegenüber dem Durchschnitt der europäischen Hersteller zeichnet sich schon in diesem groben Vergleich ab. Der hohe Kapitaleinsatz in der amerikanischen Industrie ermöglichte den Firmen im Stadium der Produktionsausweitung einen jährlichen Produktivitätszuwachs bei gleicher Beschäftigung. Seitdem die steigenden Löhne die Gesamtkostenlage ungünstig zu beeinflussen begannen, wurde die Mechanisierung noch weiter vorangetrieben. Auf Grund der in den USA im Vergleich zu Europa aber weit niedrigeren Kapitalkosten konnten damit wiederum die höheren Lohnkosten zum großen Teil kompensiert werden.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Verkaufspreise der europäischen, insbesondere der deutschen, Erzeugnisse in den USA von den us-amerikanischen Preisen grundsätzlich nicht wesentlich abweichen. Das geht bereits aus einem Vergleich der deutschen Preislisten mit den Listen verschiedener us-amerikanischer Unternehmen hervor. Insofern trifft die Feststellung der Firmen Smith-Corona und Royal McBee, die Preise der europäischen Schreibmaschinen lägen grundsätzlich unter dem Niveau der us-amerikanischen Schreibmaschinenpreise, nicht zu.

Was die Absatzorganisation betrifft, so ist festzustellen, daß die Handelsspanne bei europäischen Maschinen nicht deshalb höher ist, weil die Einstandspreise niedriger sind, sondern deswegen, weil der us-amerikanische Handel die Möglichkeit hat, diese Erzeugnisse teurer als die vergleichbaren amerikanischen Maschinen zu verkaufen. Das gedrückte Preisniveau für amerikanische Schreibmaschinen erklärt sich dadurch, daß die US-Hersteller schon vor Jahren dazu übergegangen sind, Discount-Häuser zu beliefern, denen man günstigere Preise und Konditionen einräumte als dem Handel. Dieser dagegen ging nahezu leer aus und sah sich in seiner Existenz bedroht. Er griff daher bereitwillig nach den Offerten ausländischer Lieferfirmen.

Nach Auffassung us-amerikanischer Kreise bedienten sich die Importeure ausländischer Schreibmaschinen angeblich zu Anfang verschiedentlich einer „agressiven Verkaufspolitik", die häufig, wie es heißt, durch ausländische Regierungen finanziert wurde. Die Anwendung einer solchen Politik wird für die Bundesrepublik und für die Mehrzahl der europäischen Staaten verneint werden können. Sofern us-amerikanische Importeure Schreibmaschinen potentiellen Kunden ohne jede Verpflichtung für eine kostenlose Versuchsbenutzung überließen, so war das nur eine Anpassungsmaßnahme an amerikanische Verkaufspraktiken.

WIEDERANSTIEG AUF DEM USA-MARKT

Die Möglichkeit, auf dem amerikanischen Schreibmaschinenmarkt Fuß zu fassen und einen nennenswerten Marktanteil auf sich zu vereinigen, ist letztlich

auf die branchenfremde Absatzpolitik der US-Hersteller und auf die Erstarrung des amerikanischen Marktes in technisch z. T. überholten und in der Formgebung unmodernen Modellen zurückzuführen. Im übrigen sind inzwischen die Auswirkungen der usamerikanischen Recession 1958 weitgehend überwunden. Die Umsatzziffern der amerikanischen Schreibmaschinenindustrie sind 1959 stark angestiegen. Kennzeichnenderweise hatten insbesondere USA-Kleinschreibmaschinen ein äußerst vielversprechendes Jahr. Smith-Corona Marchant berichtet, daß November und Dezember 1959 die Höchststandsmonate in der Entwicklung auf ihrem Sektor waren. Man nimmt sogar an, daß dieses Geschäft sich genügend erholte, um einen neuen Zwölfmonatshöchststand zu erreichen.

Außerdem hat die amerikanische Schreibmaschinenindustrie inzwischen eine Anzahl neuer oder grundlegend verbesserter Erzeugnisse und Modelle herausgebracht, so daß auch für die Zukunft mit einer günstigen Entwicklung gerechnet werden kann. Man ist also keinesfalls auf protektionistische Maßnahmen angewiesen.

Es wäre darüber hinaus auch im Hinblick auf die Zahlungsbilanzsituation grundsätzlich zu begrüßen, wenn man in den USA nicht zu protektionistischen Mitteln Zuflucht nehmen würde. Das gilt insbesondere in einer Zeit, in der die beiden Wirtschaftsräume Nordamerika und Westeuropa sich um eine enge handelspolitische Zusammenarbeit bemühen. Zur Überwindung der Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten sollte man sich daher der von John J. McCloy, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Chase Manhattan Bank, empfohlenen Mittel bedienen:

Intensivierung der Exporte;

Beschränkung der Steuererleichterungen für Investitionen im Ausland auf Kapitalanlagen in Entwicklungsländern;

Aufrechterhaltung der Bemühungen um den Ausgleich des Staatshaushaltes;

Fortsetzung der Politik des „knappen Geldes";

Festsetzung des Zinsfußes auf hohem Niveau wie bisher, um den Zinsfluß von Kapital zu fördern.

Auf keinen Fall sollte die Lösung in einer Rückkehr zum Protektionismus liegen.

Agrar: Bl. - 1958

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Sowjetzone

Von unserem Berliner Korrespondenten

Vom 10.—13. 12. 1959 tagte das VII. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten stand nur ein einziger Punkt auf der Tagesordnung: Die Schwierigkeiten auf dem Agrarsektor. Mehr noch als auf dem VII. Plenum zeigen sich die Schwierigkeiten, die „der Aufbau des Sozialismus auf dem Land bereitet" in den Reden der führenden Funktionäre auf den Bezirksleitungssitzungen. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch begann in Mitteldeutschland die Bodenreform nach sowjetischem Vorbild. Der Bauer Mitteldeutschlands wurde aus der Kriegswirtschaft direkt in die von Moskau gelenkte Plan- und Zwangswirtschaft mit Anbauplänen und Ablieferungssoll eingegliedert.

WACHSENDER NAHRUNGSRAUM

Die sowjetische Besatzungszone umfaßt 10,8 Mill. ha mit gegenwärtig etwas mehr als 17 Mill. Einwohnern. Das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 161 Einwohnern je 100 ha gegenüber 220 Einwohnern in der Bundesrepublik. Insgesamt stehen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung der Sowjetzone je 100 Einwohner 37 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Verfügung. Das sind zwar rd. 33 % mehr als in der Bundesrepublik Deutschland, aber dennoch reicht diese Fläche zu einer zufriedenstellenden Versorgung der Bevölkerung nicht aus.

Dies ist um so erstaunlicher, wenn man die Entwicklung in der Sowjetzone und im Bundesgebiet verfolgt. Das Gebiet in der Sowjetzone ist in dem besagten Zeitraum völlig gleich geblieben. Die Bevölkerung hat durch Wanderungsbewegungen von 18,2 Mill. im Jahre 1954 auf 17,3 Mill. Ende 1958 abgenommen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich nur unwesentlich um 0,1 Mill. ha durch Bautätigkeit und dergleichen verringert. Demgegenüber ist die Gesamtfläche der Bundesrepublik durch Rückgliederung des Saarlandes von 24,5 Mill. ha auf 24,8 Mill. ha gestiegen. Die Bevölkerung ist durch Wanderungsbewegung und Saarbevölkerung auf 54,4 Mill. gestiegen. Die starke Bautätigkeit sowohl auf dem Wohnungssektor als auch im Straßenbau sowie die Landnahme für andere Zwecke der öffentlichen Hand bewirkten eine Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche um 1 Mill. ha. Auf Grund dieser verschiedenartigen Entwicklung hat die landwirtschaftliche Nutzfläche je 100 Einwohner in der Sowjetzone zugenommen, in der Bundesrepublik dagegen abgenommen. Die Entwicklung der Geburtenüberschüsse läßt darauf schließen, daß diese Entwicklung auch weiterhin anhalten wird.

Fläche und Bevölkerung der Bundesrepublik und Sowjetzone

Position	Einheit	Sowjetzone[1]		Bundesrep.[2]	
		1954	1958	1954	1958
Gesamtfläche	Mill. ha	10,8	10,8	24,5	24,8
davon: landwirtschaftl. Nutzfläche (LN)	Mill. ha	6,5	6,4	14,3	13,3
Bevölkerung	Mill. Einwohner	18,2	17,3	51,8	54,4
Bevölkerungsdichte	Einw. je 100 ha Gesamtfläche	170	161	211	220
Nahrungsraum	ha LN je 100 Einw.	35	37	28	25

[1]) Einschl. Berlin-Ost. [2]) Einschl. Berlin-West.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1958. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1959.